

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 17. Oktober 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Problem und Ziel

Der Vertrag dient der Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Durch den Vertrag werden Direktinvestitionen völkerrechtlich abgesichert, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER**

Berlin, den 25. Februar 2005

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur dem Vertrag vom 17. Oktober 2003 zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala über die Förderung
und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

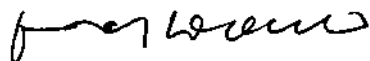
mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das
Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 808. Sitzung am 18. Februar 2005 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 17. Oktober 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Guatemala-Stadt am 17. Oktober 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 11 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 11 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Guatemala schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania y la República de Guatemala
para la Promoción y Protección Recíproca de Inversiones de Capital

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Guatemala
(im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt) –

La República Federal de Alemania
y
la República de Guatemala
(en adelante referidas
como las “Partes Contratantes”),

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsparteien zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1
Definitionen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Aktien und andere Anteilsrechte an Gesellschaften sowie jede andere Art von Beteiligungen an Unternehmen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs-, Nutzungs- und Gewinnungskonzessionen für natürliche Ressourcen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entstehen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

Animadas por el deseo de intensificar la colaboración económica entre ambas Partes Contratantes,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los inversionistas de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante,

Reconociendo que la promoción y la protección mediante tratado de esas inversiones pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

han convenido en lo siguiente:

Artículo 1
Definiciones

Para los fines del presente Tratado

1. el concepto de “inversiones de capital” comprende toda clase de bienes, en particular aunque no exclusivamente:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) acciones y otros derechos de participación en sociedades así como cualquiera otra clase de participación en empresas;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual tales como derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, conocimientos técnicos (know-how) y valor llave/prestigio y clientela (good-will);
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluyendo concesiones para explorar, extraer o explotar recursos naturales.
 Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan a su carácter de inversiones de capital;
2. el concepto de “rentas” designa aquellas cantidades producidas en relación con una inversión de capital en un período de tiempo determinado, tales como participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia u otras remuneraciones;

3. bezeichnet der Begriff „Investor“

a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in Bezug auf die Republik Guatemala:

Guatemalteken im Sinne der politischen Verfassung der Republik Guatemala,

c) in Bezug auf beide Vertragsparteien:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die im Einklang mit ihren jeweiligen Gesetzen gebildet worden ist und die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

Artikel 2**Förderung und Schutz von Kapitalanlagen**

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz dieses Vertrags gewähren. Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(4) Die Investoren der Vertragsparteien können internationale Transportmittel für den Transport von Personen und/oder Gütern im direkten Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags frei wählen.

(5) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 3**Inländerbehandlung und Meistbegünstigung**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten. Als „Betätigung“ ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die

3. el concepto de “inversionista” designa:

a) con referencia a la República Federal de Alemania:

los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania,

b) con referencia a la República de Guatemala:

los guatemaltecos conforme a lo establecido en la Constitución Política de la República de Guatemala,

c) con referencia a ambas Partes Contratantes:

todas las personas jurídicas así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personalidad jurídica, constituidas de conformidad con su legislación, que tengan su sede en el territorio de cualquiera de las Partes Contratantes, independientemente de que su actividad tenga o no fines lucrativos.

Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante.

Artículo 2**Promoción y
Protección de Inversiones de Capital**

(1) Dentro de su respectivo territorio cada una de las Partes Contratantes promoverá en lo posible y permitirá de acuerdo con sus disposiciones legales las inversiones de capital de los inversionistas de la otra Parte Contratante.

(2) Cada Parte Contratante tratará, en cualquier caso, justa y equitativamente las inversiones de capital de inversionistas de la otra Parte Contratante en su territorio y les otorgará la plena protección del presente Tratado. Las rentas de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.

(3) De ningún modo las Partes Contratantes perjudicarán en su territorio la administración, el mantenimiento, el uso, el goce o la disposición de las inversiones de capital de inversionistas de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

(4) Los inversionistas de cada Parte Contratante pueden elegir libremente los medios de transporte internacional para el transporte de personas y/o bienes directamente relacionados con una inversión de capital en los términos del presente Tratado.

(5) El presente Tratado regirá asimismo en las áreas de la zona económica exclusiva y de la plataforma continental en la medida en que el Derecho Internacional autorice a la Parte Contratante respectiva el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en dichas áreas.

Artículo 3**Trato Nacional y
Trato de Nación más Favorecida**

(1) Cada Parte Contratante otorgará a las inversiones de capital en su territorio, que sean propiedad o estén controladas por inversionistas de la otra Parte Contratante un trato no menos favorable que el que se conceda a las inversiones de capital de sus propios inversionistas o a las inversiones de capital de inversionistas de terceros Estados.

(2) Cada Parte Contratante otorgará a los inversionistas de la otra Parte Contratante en su territorio, en cuanto se refiera a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, un trato no menos favorable que a sus propios inversionistas o a los inversionistas de terceros Estados. Como “actividades” se considerarán especial pero no exclusivamente la administración, el

Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 beziehen sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt; ebenso wenig beziehen sie sich auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

(5) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitsgenehmigung werden wohlwollend geprüft.

Artikel 4

Enteignung und Entschädigung

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem marktüblichen Kreditzinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Leistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren.

maintenimiento, el uso, el goce y la disposición de una inversión de capital. Se considerará especialmente como “trato menos favorable” el trato desigual en caso de limitaciones en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y de explotación de todas clases, el trato desigual en caso de obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. No se considerarán como “trato menos favorable” las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad pública o moralidad.

(3) Lo establecido en los numerales 1 y 2 no se refiere a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los inversionistas de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones, ni a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los inversionistas de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

(4) Las disposiciones del presente Artículo no obligan a una Parte Contratante a extender, a los inversionistas residentes en el territorio de la otra Parte Contratante, las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a los inversionistas residentes en su territorio.

(5) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

Artículo 4

Expropiación e Indemnización

(1) Las inversiones de capital de inversionistas de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y plena seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de capital de inversionistas de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, directa o indirectamente, nacionalizadas ni sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por razones de interés público, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equivalente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago a una tasa de interés de crédito usual en el mercado, deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, deberá haberse tomado disposiciones adecuadas para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equivalente y la cuantía de la indemnización deberá ser susceptible de revisión en procedimiento jurisdiccional ordinario.

(3) A los inversionistas de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones de capital por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante, se les otorgará un trato no menos favorable que el otorgado a sus propios inversionistas en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otras prestaciones.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Freier Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich

- a) des ursprünglichen Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Die in diesem sowie in Artikel 6 genannten Transferierungen erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs. Eine Transferierung gilt als unverzüglich erfolgt, wenn sie innerhalb der üblicherweise für die Erledigung der Transfermodalitäten notwendigen Frist ausgeführt wurde. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines formgerechten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(3) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der Währungen der betreffenden Länder in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6

Eintritt in Rechte

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei nach Grund und Umfang den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Weitere Bestimmungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

(4) En lo concerniente a las materias reguladas en el presente Artículo, los inversionistas de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de nación más favorecida.

Artículo 5

Libre Transferencia

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los inversionistas de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión de capital, incluyendo en particular aunque no exclusivamente:

- a) el capital inicial y las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) las rentas;
- c) la amortización de préstamos;
- d) el producto de la inversión de capital en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) las indemnizaciones previstas en el Artículo 4.

(2) Las transferencias a que se refiere el presente Artículo, así como el Artículo 6, se efectuarán sin demora, al tipo de cambio vigente en el mercado en la fecha de la transferencia. Una transferencia se considerará realizada “sin demora” cuando se haya efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento en que la solicitud haya sido presentada en debida forma.

(3) En ausencia de un mercado cambiario, se aplicará el tipo cruzado (cross rate) resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría en la fecha del pago para la conversión de las monedas de los países interesados a derechos especiales de giro.

Artículo 6

Subrogación

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus inversionistas en virtud de una garantía, otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del Artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá la subrogación de todos los derechos o reclamaciones de estos inversionistas a la primera Parte Contratante, sea por disposición legal o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos o reclamaciones, los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que el titular anterior. Respecto a la transferencia de los pagos en virtud de las reclamaciones transmitidas se aplicarán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del Artículo 4 y el Artículo 5.

Artículo 7

Otras Disposiciones

(1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional al margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los inversionistas de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital de los inversionistas de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artikel 8**Anwendungsbereich**

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dies gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die schon vor Inkrafttreten dieses Vertrags entstanden sind.

Artikel 9**Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien in Konsultationen oder Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien frühestens sechs Monate nach Notifizierung des Beginns der Konsultationen oder Verhandlungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: Jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10**Beilegung von Streitigkeiten zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei**

(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 9

Artículo 8**Ámbito de Aplicación**

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones de capital efectuadas, antes de la entrada en vigor del mismo, por los inversionistas de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en su territorio. Sin embargo, no se aplicará a divergencias o controversias que hayan surgido con anterioridad a su entrada en vigor.

Artículo 9**Solución de Controversias entre las Partes Contratantes**

(1) Las controversias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas mediante consultas o negociaciones por los gobiernos de ambas Partes Contratantes.

(2) Si una controversia no pudiere ser dirimida de esa manera, una vez transcurridos como mínimo seis meses contados a partir de la notificación del inicio de consultas o negociaciones, aquella será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc de la siguiente forma: cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses y el presidente dentro de un plazo de tres meses, contados a partir de la fecha en que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueron observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán vinculantes. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro y de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar una medida diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Artículo 10**Solución de Controversias entre una Parte Contratante y un Inversionista de la Otra Parte Contratante**

(1) Las controversias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un inversionista de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones de capital deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en litigio.

(2) Si una controversia no pudiere ser dirimida dentro de un plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en litigio la haya hecho valer, será sometida, a petición del inversionista de la otra Parte Contratante, a un procedimiento arbitral. En la medida en que las partes en litigio no lleguen a un arreglo en otro sentido, se aplicarán mutatis mutandis las

Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 9 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und dass, soweit die in Artikel 9 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, dass beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Streitigkeiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des genannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis mit einem solchen Verfahren.

Artikel 11

Inkrafttreten, Geltungsdauer und Beendigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

(4) Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Geschehen zu Guatemala-Stadt am 17. Oktober 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

disposiciones de los párrafos 3 a 5 del Artículo 9, con la condición de que las partes en litigio nombrarán a los miembros del tribunal arbitral de acuerdo con lo previsto en el párrafo 3 del Artículo 9 y de que, si los plazos previstos en el párrafo 3 del Artículo 9 no fueren observados, cualquiera de las partes en litigio podrá, a falta de otro arreglo, invitar al Presidente de la Corte de Arbitraje de la Cámara Internacional de Comercio de París a proceder a los nombramientos necesarios. El laudo arbitral se ejecutará con arreglo al derecho interno.

(3) La Parte Contratante implicada en el litigio no alegará durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el inversionista de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización por una parte o la totalidad del daño en virtud de un contrato de seguro.

(4) Si ambas Partes Contratantes hubieren llegado a ser también Estados Contratantes del Convenio sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de Otros Estados de 18 de marzo de 1965, las controversias entre las partes en litigio a que se refiere el presente Artículo se someterán a un procedimiento arbitral conforme al Convenio antedicho, siempre y cuando las partes en litigio no adopten un arreglo en otro sentido; las Partes Contratantes se declaran conformes con tal procedimiento.

Artículo 11

Entrada en Vigor, Vigencia y Terminación

(1) El presente Tratado será ratificado y los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible.

(2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por la vía diplomática por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse por escrito en cualquier momento por la vía diplomática, con un preaviso de doce meses.

(3) Para las inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los Artículos precedentes seguirán rigiendo durante los veinte años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

(4) El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Hecho en la ciudad de Guatemala, el 17 de octubre de 2003, en dos ejemplares, en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
W. Eickhoff

Für die Republik Guatemala
Por la República de Guatemala
E. Gutierrez

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungs- und Schwellenländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluss von Investitionsförderungs- und -schutzverträgen. Sie dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in den oben genannten Ländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Die Verträge sind ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Investitions Garantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala entspricht im Wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage entsprechender Verträge mit anderen lateinamerikanischen Staaten ist.

II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 11 Artikeln.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ und „Investor“.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs-, Zulassungs- und Schutzklausel für Kapitalanlagen. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Der Artikel enthält außerdem ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage sowie eine Klarstellung über den territorialen Geltungsbereich des Vertrages.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung niedergelegt. Danach dürfen vorgenommene Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Kapitalanlagen oder solche dritter Staaten. Zur Klarstellung werden einige Beispiele einer

unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Ferner werden Tatbestände erläutert, die nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung stehen. Enthalten ist außerdem eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften für Einreise, Aufenthalt und Arbeitsgenehmigung im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz sowie die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und gewährt den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Der Artikel enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Ferner sind Festlegungen über den anzuwendenden Wechselkurs und die Transferfrist enthalten.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen nichtkommerzielle Risiken die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Nach diesem Artikel gehen günstigere Regelungen für den Investor, ob nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen, dem Vertrag vor (Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, dass sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich des Vertrags. Danach gilt dieser auch für Kapitalanlagen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind. Der Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel sieht ein Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor, falls

diese nicht durch Konsultationen zwischen den Vertragsparteien beigelegt werden können.

Zu Artikel 10

Der Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 11

Der Artikel enthält Regelungen über das Inkrafttreten des Vertrags, seine Geltungsdauer und Kündigung sowie über den nachwirkenden Rechtsschutz nach erfolgter Kündigung. Er enthält außerdem die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien bestehen sollten.

